



Ausgetrocknete Quellen, Atemwegserkrankungen, Gift in den Gewässern: Um in Zukunft Zustände wie bei der Mine La Alumbreira (links) zu vermeiden, haben die Menschen von Andalgalá die Zufahrt zur geplanten Mine Agua Rica mit einer Strassensperre und dazugehöriger Versammlungshütte (rechts) blockiert. FOTO RECHTS: THOMAS NIEDERBERGER

BERGBAU IN ARGENTINIEN

Kampf unter dem Johannisbrotbaum

Hunderte Bergbauprojekte sollen in den Andenprovinzen entstehen. Aber die Bevölkerung setzt sich immer mehr zur Wehr. Die Erfahrungen mit der Megamine La Alumbreira des Zuger Bergbaumultis Xstrata spielen dabei eine zentrale Rolle.

VON THOMAS NIEDERBERGER UND FRANCESCA NUSSIO, ANDALGALÁ

Auf der Bergstrasse einige Kilometer ausserhalb von Andalgalá in der Provinz Catamarca kommt nicht jeder durch. Leicht könnte man die Konstruktion aus Brettern und Plastikblachen, die um einen Baum am Strassenrand festgemacht sind, für eine der vielen Armenhütten halten, die die Strassen des argentinischen Nordwestens säumen. Doch die Transparente am Zaun und ein kleiner Graben quer über der Strasse zeigen: Seit Dezember 2009 ist für Baumaschinen und Lastwagen die Zufahrt zur Mine Agua Rica, die der kanadische Bergbaukonzern Yamana Gold hier in Betrieb nehmen möchte, blockiert.

Vergangenen Februar versuchte die Polizei, die Blockade gewaltsam zu räumen. Die Nachricht machte damals schnell die Runde, und Tausende strömten in Andalgalá auf die Strassen. Es kam in der 17000 EinwohnerInnen zählenden Kleinstadt zu schweren Kämpfen mit der Polizei. Die Medien in der Hauptstadt Buenos Aires berichteten über die Ereignisse – und Andalgalá wurde zum Fanal der «Bewegung gegen die Megaminen».

Seit dem Aufstand ist die Baubewilligung für Agua Rica von einem Richter bis auf weiteres sistiert. Dennoch wird die Strassenblockade aufrechterhalten. In der Hütte daneben treffen sich die GegnerInnen des Minenprojekts zu Versammlungen. Asamblea El Algarrobo nennt sich ihre Zusammenkunft – die Versammlung des Johannisbrotbaums. «Der Baum gilt als Symbol des Widerstands, da er auch in unserem trockenen Klima gedeiht», sagt der Student Cesar Cecenarro, Mitglied der Asamblea.

Xstratas Giftschleuder

Im Herbst wurde das Gebäude für das Gemeinschaftsradio fertiggestellt – die Mitglieder haben sich für länger eingerichtet. Laut Cecenarro wird die Asamblea von vielen AnwohnerInnen unterstützt. «Unsere Glaubwürdigkeit rührt daher, dass wir immer den Konsens suchen und uns fernhalten von den staatlichen Institutionen, da diese oft nur die

Interessen der Wirtschaft vertreten.» Während der Auseinandersetzungen im Februar nahmen bis zu 300 Leute abwechselnd an einer «permanenten Versammlung» teil.

Die Vehemenz, mit der die Menschen in Andalgalá gegen den Bau von Agua Rica Widerstand leisten, hat einen guten Grund: Sie wissen, was sie erwartet. Seit 1997 ist nur

Grosser Zusammenschluss

Die Unión de Asambleas Ciudadanas (UAC) entstand 2006 aus dem Zusammenschluss des Netzes der vom Bergbau betroffenen Gemeinschaften (Red Cama) und der Versammlung von Gualeguaychú, die sich gegen den Bau einer Papierfabrik am Grenzfluss zwischen Argentinien und Uruguay wehrte.

Seither ist die UAC rasant gewachsen: Die Website listet rund 100 Versammlungen auf, dazu kommen weitere 300 indigene Gemeinschaften, KleinbäuerInnenbewegungen, Naturschutzvereine, Gewerkschaften, StudentInnengruppen und BesetzerInnenkollektive aus ganz Argentinien und den benachbarten Staaten.

Die Aktionen der UAC richten sich aber nicht nur gegen Bergbauprojekte. Unter dem Slogan «Gegen Verschmutzung und Enteignung» thematisiert sie auch die industrielle Landwirtschaft und andere soziale und ökologische Probleme.

<http://asambleasciudadanas.org.ar>

vierzig Kilometer von Andalgalá entfernt Bajo La Alumbreira, die erste und bis heute grösste Mine Argentiniens, in Betrieb.

Im Tagbau werden in La Alumbreira mit giftigen Chemikalien kleinste Mengen Gold, Kupfer und Molybdän, das für Metalllegierungen verwendet wird, aus den Gesteinsmassen gelöst. Seit 2003 gehören fünfzig Prozent von La Alumbreira dem Schweizer Roh-

stoffmulti Xstrata, den Rest teilen sich die kanadischen Konzerne Goldcorp (37,5 Prozent) und Yamana Gold (12,5 Prozent).

In den ersten Jahren waren viele AnwohnerInnen noch begeistert von der Aussicht, dass La Alumbreira Tausende Arbeitsplätze schaffen und der Region einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen würde. «Wir haben Gott jeden Tag für die Mine gedankt», sagt León Cecenarro, ehemaliger Gemeinderat und Mitglied der Asamblea. Inzwischen überwiegen bei den Menschen hier die Enttäuschung über gebrochene Versprechen der Minenkonzerne, die Hilflosigkeit, weil sie sich von den Behörden verraten fühlen, die Sorge über die Umweltverschmutzungen durch die Emissionen der Mine und die Wut darüber, dass die Minenfirma über anderthalb Mal so viel Strom wie die ganze Provinz verbraucht, während das lokale Spital bei Stromausfällen Kerzen verwenden muss.

Die ökologischen Schäden und die sozialen Kosten, die La Alumbreira verursacht, sind enorm. So befürchten die AnwohnerInnen, dass ihre Wasserquellen austrocknen könnten (die Mine verbraucht rund 1200 Liter Wasser pro Sekunde); der Staub der gigantischen Explosionen (in der Mine werden täglich bis zu hundert Tonnen Sprengstoff eingesetzt, um das Gestein zu lösen und zu zerkleinern) verursacht bei der Bevölkerung Atemwegserkrankungen; Lösungchemikalien, die in einem Rückhaltebecken gesammelt werden, versickern in den Boden, und durch Brüche in der Pipeline, die den Mineralien-schlamm über 300 Kilometer zur Weiterverarbeitung in die Nachbarprovinz nach Tucumán führt, geraten giftige Substanzen in die Gewässer.

«In den letzten Jahren haben die Fälle von Krebs- und Atemwegserkrankungen stark zugenommen», sagt Graciela Chayle, ein Versammlungsmittglied. Zwar gebe es darüber keine offiziellen Statistiken oder Studien, doch man könne dies im eigenen Familien- und Bekanntenkreis feststellen. «Die Regierung hat uns im Stich gelassen.»

Die Betreiberfirma von La Alumbreira ist seit 1999 in einen Prozess wegen Gewässerverschmutzung verwickelt, der mit intensivem Lobbying verzögert wird. Immer wieder berichten Medien auch darüber, dass sich die Konzerne durch Bestechung den staatlichen Umweltauflagen entziehen.

Die Kritik an den Bergbauprojekten richtet sich aber auch gegen den Abfluss des Gewinns ins Ausland. Der Generalstaatsanwalt der Provinz Tucumán, Antonio Gustavo Gómez, klagte Julián Rooney, Vizepräsident von La Alumbreira, im Februar 2010 wegen Steuerhinterziehung an. Gemäss Gómez geht es um über siebzehn Milliarden US-Dollar, die La Alumbreira dem Staat für nicht deklarierte Exporte schulde.

Kaum jemand in Andalgalá glaubt, dass sich bei La Alumbreira etwas verbessern wird. «Die Mine wirft zu viel Gewinn ab, von dem auch die Politiker und ihre Klientel profitierten», sagt Graciela Chayle. In einer Region, in der 25 Prozent Arbeitslosigkeit herrsche (der Landesdurchschnitt liegt bei rund acht Prozent), könnten Wahlstimmen günstig gekauft werden. Doch die Hoffnung und die Entschlossenheit der AnwohnerInnen, Agua Rica verhindern zu können, sind gross. Die neue Mine wäre dreimal grösser als La Alumbreira und läge wesentlich näher bei Andalgalá, direkt an den Wasserquellen über dem Dorf.

Der Alumbreira-Effekt

Aufgrund des Rohstoffbooms der letzten Jahrzehnte gibt es entlang der Andenkette inzwischen über 600 Bergbauprojekte. Doch in zahlreichen Gemeinden, die von Bergbauprojekten betroffen sind, haben sich ebenfalls Asambleas formiert. Zunehmend vernetzen sich die lokalen Widerstandsgruppen – wobei La Alumbreira für alle ein Mahnmal ist. Der Soziologe Horacio Machado Araújo von der Universität Catamarca erzählt

Fortsetzung von Seite 9

von einer Delegation aus Andalgalá, die 2002 in die 2000 Kilometer südlich gelegene Kleinstadt Esquel in der Provinz Chubut gereist ist, um über ihre Erfahrungen zu berichten. «Der Asamblea in Esquel gelang es 2003, eine Volksabstimmung über das lokale Megaminprojekt der kanadischen Meridian Gold durchzusetzen – und eindeutig zu gewinnen», sagt Machado.

«Es war die einzige Volksabstimmung dieser Art, die in Argentinien bewilligt wurde», sagt Machado. Seither heisse es von offizieller Seite her nur noch, dass die Bewilligungserteilung für Minen Sache der Provinzbehörden sei. Dennoch ist in den letzten Jahren der politische Druck von der Basis so stark geworden, dass in sieben Provinzen derzeit ein Verbot von Minen im Tagbau in Kraft ist. Die in der Unión de Asambleas Ciudadanas (vgl. Text «Gegen Verschmutzung und Enteignung») vernetzten Versammlungen sind dabei zu einem wichtigen Faktor geworden.

Doch die Bergbauindustrie hat sich ebenfalls organisiert. So versuchen die Konzerne, den Bergbau in der Öffentlichkeit als «sozial und ökologisch nachhaltig» darzustellen. Dafür finanzieren sie Kinderfeste, Weiterbildungen für LehrerInnen, Naturschutzgebiete und Kampagnen für Verkehrssicherheit, in denen sie mit ihrem Logo präsent sind. Zudem wurde das klassische Lobbying verstärkt.

Dennoch spürt die Bergbauindustrie auch im nationalen Parlament Gegenwind: Ende September nahm der Senat das sogenannte Gletschergesetz mit 35 zu 33 Stimmen knapp an. Dadurch wird auf nationaler Ebene künftig der Betrieb von Minen in Gletschergebieten eingeschränkt. Noch vor zwei Jahren hatte Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner gegen ein ähnliches Gesetz ihr Veto eingelegt und damit das Projekt von Barrick Gold für den Bau der Megamine Pascua-Lama im argentinisch-chilenischen Grenzgebiet der Provinz San Juan gerettet. Inzwischen ist dies nicht mehr politisch opportun. Den-

noch haben die Gouverneure der Provinzen Catamarca, San Juan und La Rioja dem Gletschergesetz mit föderalistischer Rhetorik den Kampf angesagt. Und ein Bundesrichter von San Juan hat per provisorische Verfügung das Gesetz teilweise suspendiert.

Che Guevara und Don Quijote

Was das Gletschergesetz für die Bergbauprojekte bedeutet, hängt von der Definition der Gletscherzone ab. So liegt Agua Rica in Andalgalá zwar knapp ausserhalb der Zone, doch das benachbarte Xstrata-Kupferminenprojekt Filo Colorado könnte vermutlich nicht gebaut werden. Illusionen machen sich die Leute von der Asamblea in Andalgalá jedoch keine: «Die einzige Garantie, den Bau der Minen auch weiter zu verhindern, ist unsere soziale Mobilisierung», sagt der Student Cesar Cecenarro.

Die Mitglieder der Asamblea treffen sich beim Algarrobo-Baum oft auf einen Schwatz. Dort planen sie die nächsten Aktionen oder erzählen BesucherInnen von ihren Erfahrungen, von den vorgeschobenen Prozessen, mit denen man sie vom Grundstück vertreiben will, oder von den Drohungen gegen sie. Die BetreiberInnen von Agua Rica beschäftigen Arbeitslose, die bei Aktionen der Asamblea Gegendemonstrationen veranstalten oder einzelne Asambleistas einzuschüchtern versuchen.

Dem ehemaligen Polizisten Arturo Flores kommen die Tränen, als er berichtet, wie sich seine 14-jährige Tochter bei den Protesten im Februar vor eine Baumaschine gelegt hatte und von seinen früheren Kollegen wegprügelt wurde. Viele hier haben Narben von den Gummigeschossen. Die Marienstatue auf dem Hausaltar hat ein Einschussloch. Dahinter hängen Poster von Che Guevara und Don Quijote, und über allem flattern die Nationalfahne und die Whipalla, die bunte Flagge der Indigenenbewegung. Viele sehen ihren Kampf gegen die Ausbeutung durch die Bergbaukonzerne als Fortsetzung des antikolonialen Kampfs der Indigenen, die früher in dieser Gegend gelebt haben. «Jetzt ist es an uns, gegen die Kolonisatoren zu kämpfen, um von dem leben zu können, was uns die Erde gibt», sagt Flores.

BANGLADESCH

Die Feuerfallen von H&M

Es gab kein Entkommen: Die Türen und Notausgänge waren verschlossen, die Fenster vergittert. Und obwohl monatlich das Verhalten bei Feuer geübt wird, wurde den ArbeiterInnen der Ha-Mim-Kleiderfabrik That's It Sportswear Ltd. nie gezeigt, wie man einen Feuerlöscher benutzt. Bei einem Brand in der Fabrik ausserhalb von Bangladeschs Hauptstadt Dhaka, in der über 6000 Personen beschäftigt sind, starben letzte Woche mindestens 31 Menschen, Hunderte wurden verletzt. Eine unbekannte Zahl der ArbeiterInnen wird noch immer vermisst.

Der Ha-Mim-Konzern stellt nach eigenen Angaben monatlich über zwei Millionen Kleidungsstücke für Marken von Gap, Wrangler, H&M, JC Penny, Target Store, Carrefour, Migros oder Zara her.

Es war nicht die erste Katastrophe dieser Art in Bangladesch. Bereits im letzten Februar starben 21 ArbeiterInnen einer Kleiderfabrik in Gazipur bei einem Feuer – nachdem es im selben Gebäude schon sechs Monate zuvor gebrannt hatte. Auch hier waren die Türen verschlossen, «um Diebstahl zu verhindern», wie die Firmenleitungen mitteilten. In beiden Fällen sollen defekte oder überlastete elektrische Installationen das Feuer ausgelöst haben.

Wie bereits nach früheren Katastrophen fordern nichtstaatliche Organisationen wie die TextilarbeiterInnengewerkschaft GWUF und die Clean Clothes Campaign CCC, dass die Produktionsfirmen Sicherheitsstandards einhalten. So hatte CCC bereits mehrere Male Markenfirmen in den USA und Europa kontaktiert und sie auf die schlechten Arbeits- und Sicherheitsbedingungen in Bangladeschs Kleiderfabriken hingewiesen.

Nur wenige Tage vor dem Brand bei Ha-Mim war es in Chittagong zu schweren Auseinandersetzungen zwischen TextilarbeiterInnen und der Polizei gekommen. Einige Unternehmen hatten sich geweigert, den von der Regierung festgesetzten Mindestlohn zu bezahlen. sw

www.cleanclothes.org

URANIO AG

Ein Uranbriefkasten in Basel

Nicht nur Edelmetalle wie Gold oder Kupfer werden in Argentinien abgebaut, das Land verfügt auch über Uranvorkommen. Am Handel mit den Urankonzessionen in Argentinien ist die Schweizer Firma Uranio AG aus Basel beteiligt. Laut Mitgliedern der lokalen BürgerInnenversammlung in La Rioja, der Hauptstadt der gleichnamigen argentinischen Provinz, verfügt die Uranio AG über Konzessionen für Uranabbau auf 150000 Hektar. Allerdings haben weder die Firma noch die Behörden die betroffenen AnwohnerInnen je informiert.

Die Holding Uranio AG besteht seit 2006 und ist auf die Exploration von Uranvorkommen und den Kauf und Verkauf von Urankonzessionen spezialisiert. Sie handelt diese an der Frankfurter Börse. Der Wert der Aktie stürzte seit Anfang 2009 von 1,60 Euro auf unter 0,04 Euro. AnlegerInnen lieferten sich

darauf im Internet hitzige Debatten: Handelt es sich um eine gewinnversprechende Spekulation auf den Uranboom oder um einen Betrug an naiven KleinanlegerInnen? Und existieren die Konzessionen überhaupt?

Laut den Mitgliedern der Versammlung in La Rioja schweigen die Behörden oder streiten ab, dass überhaupt Konzessionen erteilt wurden.

Sicher ist, dass das Obergericht der Provinz Jujuy die Konzessionen der Uranio AG aufgehoben hat. Diese Bewilligungen lagen auf dem Land indigener Gemeinschaften in Quebrada de Humahuaca, einem Natur- und Kulturwelterbe der Unesco. Der Anwalt Peter Goeggel, Präsident der Uranio AG und Verwalter von sieben weiteren Briefkästen an der Basler Adresse der Uranio AG, wollte der WOZ keine Auskunft geben.

THOMAS NIEDERBERGER / FRANCESCA NUSSIO

REKLAME

Leiste Dir Dein eigenes WOZ-T-Shirt!



Bitte Grösse und Anzahl eintragen

♀ Ex. / Grösse _____
Switcher, Bio-Baumwolle,
Kurzarm, Erhältlich in
M, L, XL, XXL

♂ Ex. / Grösse _____
Switcher, Bio-Baumwolle,
Kurzarm, Erhältlich in XL

Vorname _____

PLZ / Ort _____

Name _____

Telefon _____

Strasse / Nr. _____

E-Mail _____

Coupon einsenden an: WOZ Die Wochenzeitung,
Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich, Telefon 044 448 14 44,
Fax 044 448 14 15, werbung@woz.ch oder www.woz.ch.
T-Shirts gibt's, solange der Vorrat reicht. Preis: Fr. 35.–
inkl. Versandkosten. Mit der Shirt-Lieferung erhalten
Sie eine Rechnung.